

Kuschel ruft Kommunen zur Gegenwehr auf

Stammtisch der Linken zu Finanzsituation

Von Heidi Henze

Hohenleuben (OTZ). Im Schnelldurchgang gab es am Montagabend zur 9. Stammtischrunde in Hohenleuben, organisiert durch die Linke-Fraktion im Stadtrat, einen Exkurs durch die Haushaltsplanung Thüringens. Erst danach waren die knapp 20 Bürger zur Diskussion eingeladen.

Mit dem neuen Anlauf für einen Gesprächskreis haben die Linken einen neuerlichen Versuch gestartet, Einwohner aus der Stadt und der Verwaltungsgemeinschaft (VG) Leubatal an einen Tisch zu holen, um miteinander über aktuelle Probleme ins Gespräch zu kommen.

In der Runde unter dem Motto: Genug gekürzt, Kommunen in Not, hatte sich Hauptorganisatorin Heidrun Sedlacik Verstärkung mitgebracht. Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Landtag, nahm unter die Lupe, wie sich die nach seinen Angaben stetig sinkenden Landeszuweisungen für Kommunen und Städte auswirken. Kuschel rief zum Protest auf. „Die Kommunen sind ziemlich ruhig. Sie müssen alle nach Erfurt kommen und auf ihre Situation aufmerksam machen.“

Seit Jahren bekämen die Kommunen mehr Aufgaben übertragen, doch gleichzeitig damit verbunden sei eine rasante Talfahrt der Landeszuweisungen. „Ein Missstand, der seit mehreren Jahren anhält und der durch die Wirtschafts- und Finanzkrise ein bedrohliches Ausmaß angenommen hat“, sagte Kuschel. Die Fol-

ge daraus sei, dass freiwillige Leistungen eingeschränkt werden – wie im Fall Hohenleuben, wo das Museum Reichenfels die Öffnungszeiten kürzt, oder notwendige Sanierungsmaßnahmen im Sommerbad auf ein Minimum reduziert werden.

Auch Matthias Lindig, Vorsitzender der VG Leubatal, der diese Veranstaltung ebenso besuchte, wie es jeder Hohenleubener hätte tun können, kam aus Interesse an Kommunalpolitik sowie -finanzen, beschrieb die Lage der Stadt und der VG nach der Finanzkürzung als bedrohlich. Hohenleuben erhalte gegenüber dem vergange-



Frank Kuschel

nen Jahr bereits 80 000 Euro weniger Landeszuweisungen. Durch die erneute Kürzung seien es zusätzlich noch einmal 39 000 Euro, die der Stadt fehlen, erklärte Lindig.

Die Konsequenz sei, so der VG-Chef, dass neben Investitionen auch freiwillige Leistungen nicht möglich sind. So würde dann auch der gerade erst ins Leben gerufene Zuschuss zum Essengeld für die Neuen in der Kinder Einrichtung „Leubazwerge“ wegfallen. „Das Geld fließt zu spärlich“, sagte Matthias Lindig. Die 64 Einwohner zählende kleine VG-Gemeinde Lunzig habe im Haushaltsetat 2010 mit 73 087 Euro an Landesmitteln gerechnet. Nach neuerlichen Kürzungen schlagen jedoch nur 69 300 Euro zu Buche, nannte Lindig ein Beispiel.

Diskutiert wurde am Abend wenig. Vielmehr wurde darauf verwiesen, wie wichtig es doch sei, dass die Karl-Marx-Straße gebaut werde.